

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerschrift: Antiquarische Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241.
Kurs für Adressdruck: 20 011.

Wegzugs-Geld für die Zeit in Dresden und Umgebung bei gewöhnlicher Zutragung (in Sonn- und Feiertagen nur einmal) sowie bei einmaliger Zutragung durch die Post (ohne Befehl) 1,00 Mk., monatlich 1,20 Mk. Wegzugs-Geld. Die obigen Preise (einschl. 20% Umlage) sind für die Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember 1917. — Kurs, Luftfr. pr. 1000 g. — Briefk. 10 Pf.

Schiffverleiher und Hausverleiher:
Marienstraße 35/40.
Druck u. Verlag von Siegfried & Reichardt in Dresden.

Bestand von mit bester Qualität (Dresdner Nachr.) — Anzeigen-Gebühren werden nicht aufgeführt.

Kostüme

Blachstein

Wilsdruffer Straße 18, Alaunstraße 1, Kasseisdorfer Straße 5

Kaffee Kasino Seestr.

Nachmittags: Salon- und Opernmusik, abends: Helteres Programm. **Kasino-Kapelle**, Leitung Konzertmeister Rost. Im beliebten Weinsalon „Trianon“: Zeitgemäße Musikvorträge.

Blusen **Röcke**

Konfekt.-Abteil, Ferdinandplatz.

Nanitz

Seidenhaus, Prager Straße 14.

Lederwaren · Reise-Artikel **Adolf Näter** **Grüßes Lederwaren-Spezialgeschäft**
26 Prager Straße 26.

Ein Geleitzug von 12 Fahrzeugen in der Nordsee vernichtet.

Befehung der Insel Moon. — Das Verdienst der Flotte an der Eroberung Delfs. — Die Artilleriechlacht an der Wisne-Front. — Die Fahrt des Kaisers an die Dardanellen. — Die Nationalliberalen und der Kanzler. — Eine Erklärung der bairischen Regierung.

Der deutsche Abendbericht.

Berlin, 18. Oktober, abends. (Amlich. B. T. B.)
In Flandern geringerer, nördlich von Esprit und sehr harter Artilleriekampf.
Die zwischen Delf und Festland gelegene Insel Moon wurde von Land- und Seestreitkräften durch Anriff genommen.

Amlicher deutscher Admiralsbericht.

Berlin, 18. Oktober. (Amlich. B. T. B.)
1. Am 17. Oktober griffen letzte deutsche Seestreitkräfte in der nördlichen Nordsee innerhalb des Sperrgebietes nahe bei den Schellandsinseln einen von Norwegen nach England gehenden Geleitzug von insgesamt 12 Fahrzeugen an, darunter als Führung die beiden modernsten englischen Zerstörer „S. 29“ und „S. 31“. Alle Schiffe des Geleitzuges, sowie die Besatzungsmitglieder einschließlich der Zerstörer wurden vernichtet, bis auf einen Geleitzugsdampfer. Unsere Streitkräfte sind ohne Verluste und Beschädigungen zurückgekehrt.
2. Die Operationen unserer Seestreitkräfte bei Delf werden planmäßig fort.
Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Österreichisch-ungarischer Kriegsbericht.

Wien, 18. Okt. Amlich wird verlautbart:
Kaiser erfolgreiche Stoßtruppenunternehmungen in Ostgalizien nirgends besondere Ereignisse.
(B. T. B.) Der Chef des Generalstabes.

Schluss des Landtages.

Der verfloßene Landtag hat im Laufe seiner fast zweijährigen Tagung manche erfolgreiche Arbeit für das allgemeine Wohl unserer engeren Heimat geleistet. Die beiden hauptsächlichsten Beschäftigungswerte bestehen in der Verabschiedung der Elektrizitäts- und der Kohlenbergbau-Vorlage, die von dem gemeinsamen Reichstag getragen sind, in zwei der wichtigsten Verordnungen des Bundes die verteuende Wirkung der Spekulation auszuheben und durch die Begründung umfassender landlicher Bewirtschaftungsrechte eine gerechte und gleichmäßige Verteilung, und Preisbildung sicherzustellen, ohne deswegen die private Unternehmertätigkeit völlig auszuschließen und lahmzulegen. Weiter hat sich der Landtag im Einklang mit der Regierung in hervorragender Weise auf dem Gebiete der Ernährungsfragen bemüht und dankenswerte Maßnahmen zur Erleichterung der wirtschaftlichen Lage der vom Kriege besonders schwer betroffenen Volksschichten, vor allem der Kriegsteilnehmer und ihrer Angehörigen, in die Wege geleitet. Bei den Verhandlungen über die Ernährungsprobleme ist neben mancher Kritik an der kriegswirtschaftlichen Gebarung, die mehr oder weniger über das Ziel hinausschoss, auch unverkennbar viel Gutes und Nützliches gesagt, und es sind zahlreiche wohl beachtliche Vorschläge gegeben worden, wie die vier leitenden Ziele der Kriegswirtschaft am sichersten und wirksamsten erreicht werden können: die Emporhebung der Erzeugung von Gütern auf die höchstmögliche Stufe, die Herauslösung aus den Erzeugerkreisen von allem, was über das Mindestmaß des eigenen Bedarfs hinausgeht, die Beschränkung des Verbrauchs von Gütern auf das geringstmögliche Maß und die möglichst gleichmäßige Verteilung der Güter an die Verbraucher zu erträglichem Preise. Bei allen diesen Erörterungen trat in erfreulicher Weise bei den bürgerlichen Parteien Uebereinstimmung in dem grundsätzlichen Punkte hervor, daß die staatliche Bewirtschaftung der Nahrungsmittel nur eine vorübergehende Maßregel unter dem Druck der Kriegsnotwendigkeit ist und sein darf, und daß die freie Privatwirtschaft im Frieden die Grundlage unserer gesamten Wirtschaftspolitik bleiben muß. Deshalb empfiehlt es sich, daß auch schon während der Kriegsdauer der freie Handel allmählich wieder in seine natürlichen Rechte eingesetzt wird, soweit das mit der unumgänglichen Rücksicht auf die Kriegserfordernisse vereinbar erscheint. Als praktisches Ergebnis dieses Teils der Verhandlungen ist die Errichtung eines

sächsischen Kriegswirtschaftsrates zu erwähnen. Der Landtag hat ferner sein Augenmerk auf die bedeutsame Frage gerichtet, wie die wirtschaftliche Stellung Sachsens im Reich nach Friedensschluss gefördert werden kann, und verschiedene Gesetzesentwürfe formaler Natur verabschiedet, die sich auf die durch den Krieg gebotene Dinauschiebung der Wahlen zu Handels- und Gewerbekammern, zu Gemeindevertretungen und Bezirksversammlungen, sowie zu der Zweiten Ständekammer beziehen. Die Mitglieder der letzteren werden durch die abermalige Verlängerung ihres Mandats zehn volle Jahre in dessen Besitz verbleiben.

Zu hiesigen parteipolitischen Kämpfen kam es anlässlich der Erörterungen, die im Anschluß an den preussischen Wahlertrag und an die Reichstagsdebatten über die innerpolitische Neuordnung stattfanden. Während in dieser Hinsicht die Wünsche der sächsischen Linken sich bisher auf eine zeitgemäße Umgestaltung der Ersten Kammer beschränkt hatten, machte sich nunmehr eine weiter ausfolgende Bewegung geltend, die sich nicht mit der Reform der Ersten Kammer begnügte, sondern ihre Forderungen auf eine allgemeine Umbildung unseres gesamten Verfassungslebens erstreckte. Ihren charakteristischen Ausdruck sollte diese Umwandlung durch die Beteiligung des königlichen Ministeriums, in dem der jeweilige älteste Minister den Vorsitz führt, und durch die Einziehung eines Ministerpräsidenten mit ihm untergeordneten Einzelministern nach Art der Staatssekretäre im Reich finden. Im Zusammenhang damit wurde eine Radikalisierung des Wahlrechts zur Zweiten Kammer nach dem Muster des Reichstagswahlrechts verlangt, sowie die Einführung einjähriger Wahlperioden. Auch blieb man der Ersten Kammer gegenüber nicht bei den bisherigen Wünschen nach einer Erweiterung ihrer Zusammensetzung durch Berücksichtigung der für das sächsische Wirtschaftsleben neuerdings besonders bedeutsam gewordenen Erwerbsstände stehen, sondern verfechtete sich auf viel weitergehende Forderungen, die in einer Verminderung der verfassungsmäßigen Rechte der Ersten Kammer und in ihrer Herabdrückung zu einer bloß beratenden Körperschaft gipfelten.

Die Auseinandersetzungen über die Neuordnung nahmen zeitweilig in der Zweiten Kammer einen sehr heftigen, leidenschaftlichen und direkt krisenhaft ausgeprägten Ton an, dem gegenüber die Regierung bei aller sachlichen Festigkeit mit anerkennenswerter Geduld ihre vollkommene Ruhe bewahrte und es sorgfältig vermied, ihrerseits noch Del in das Lodernde Feuer zu legen. Durch dieses kluge, geschickte und umsichtige Verhalten ist es der Regierung gelungen, am Schlusse der Tagung eine augenscheinliche Beruhigung der Gemüter zu erzielen und gleichzeitig ihren Standpunkt auf der ganzen Linie klar und unverrückt zu wahren. Die grundsätzliche Auffassung unserer leitenden Kreise geht dahin, daß sie keiner durch die Verhältnisse gebotenen und innerhalb vernünftiger Grenzen sich haltenden Reform ablehnend gegenüberstehen, weder für die Erste noch für die Zweite Kammer. Gleichzeitig hat die Regierung nicht verschli, die Grenzen zwischen dem, was erreichbar ist, und dem, was von der Schwelle aus abgewiesen werden muß, so deutlich auszusprechen, daß ein Zweifel nicht möglich ist. Für die Zweite Kammer hat der Minister des Innern Graf Bismarck v. Schöbber als unzureichende und daher unerfüllbare Forderungen abgewiesen das allgemeine und gleiche Wahlrecht, das Frauenwahlrecht und eine Neueinteilung der Wahlkreise, die den Unterschied zwischen Stadt und Land verwischen würde. Mit Bezug auf die Erste Kammer liegt die Sache so, daß die Regierung nach ihrer eigenen Erklärung von der Notwendigkeit einer Reform durchdrungen ist und daß sie dem nächsten Landtag eine entsprechende Vorlage ausgeben lassen wird. Sie wird aber unter keinen Umständen für Maßnahmen zu haben sein, durch welche die verfassungsmäßige Gleichberechtigung der Ersten Kammer, unter voller Wahrung ihrer bisherigen Rechte, in einer den modernen Zeitverhältnissen angepaßten Weise erweitert wird. Die Einführung einer Ministerpräsidentenschaft hat der vorstehende Minister im Gesamt-

ministerium Kultusminister Dr. Beck in entschiedener Weise zurückgewiesen, mit der einleuchtenden Begründung, daß zu einer so tief einschneidenden Verfassungsänderung für Sachsen durchaus kein Anlaß vorliegt; es habe sich im Gegenteil als ein Vorzug erwiesen, daß die nach dem gegenwärtigen Kollegialprinzip gleichberechtigten Ressortminister nicht nur die Interessen ihres Ressorts wahrzunehmen haben, sondern daß es ihnen in ihrer Eigenschaft als Staatsminister auch obliegt, die allgemeinen Staatsinteressen unter ihre Obhut zu nehmen. Endlich ist auch die Einführung alljährlicher Landtagstagungen und einjähriger Etatsperioden durch den Finanzminister v. Seydewitz mit dem Hinweis abgelehnt worden, daß eine derartige Maßnahme eine ganze Reihe von schweren Nachteilen im Gefolge haben würde, als da sind: Zerstörung eines berufsmäßigen, die Tagungen unnützlich verlängernden Parlamentarismus, Verdoppelung der Landtagskosten und bedeutende Vermehrung des Beamtenstabes im Finanzministerium. Die Haltung der Regierung ist also in allen wesentlichen Punkten in unabweisbarer Weise festgelegt und die Mehrheit der Zweiten Kammer wird ihre fernere Stellungnahme zu den Fragen der Neuordnung danach einrichten müssen, wenn sie etwas Positives erreichen und nicht die Kräfte des Parlaments in unfruchtbaren Debatten, die zu keinem Ziele führen, erschöpfen will.

Wenn schließlich der Abschluß der Tagung trotz des aufgestauten Zündstoffes einen harmonischen Ausklang fand, so ist das vor allem dem Entgegenkommen der Regierung zu verdanken, die durch den Mund des Ministers des Innern die veröhnliche Parole für die in wenigen Wochen bevorstehende neue Tagung ausgab: „Unser Schutzbund sei vernünftig!“ Es waren schöne, heraliche, aufrichtige Worte des Friedens, die Graf Bismarck v. Schöbber in der Zweiten Kammer in seiner Schlussrede sprach und die der Ständeverammlung in der neuen Session auch neues Vertrauen von Seiten der Regierung zufloßen. Wir können dieser begrüßenswerten Rundgebung nur den Wunsch hinzufügen, daß sie bei den Parteien auf fruchtbaren Boden fallen und die willkommenen Saat einer erspriehlichen Arbeit im Interesse des Gemeinwohls unserer geliebten sächsischen Heimat in der im November beginnenden Tagung aufgehen lassen möge.

Die Artilleriechlacht an der Wisne-Front.

Berlin, 18. Okt. In Flandern brach am 17. Oktober auf dem Großkampffelde das starke feindliche Feuer den ganzen Tag über an und heftigte sich am Abend mehrfach zu großer Heftigkeit. Erkantete Bewegungen und starke Belastung des feindlichen Trichtergeländes, namentlich im Gegend von Delf und Gellulst, wurden unter ausnahmslos vernichtendster Wirkung genommen. Delfisch Draabank brachen nach kurzem Trommelfeuer am 17. Oktober nachmittags feindliche Patrouillen gegen unsere Linien vor, die restlos unter blutigen Verlusten abgewiesen wurden. Am frühen Morgen des 18. Oktobers erfolgten harte Feuerüberfälle im Gegend nördlich von Delf, denen Angriffe bisher nicht gefolgt sind. Das trübe regnerische Wetter hält an.

An der Arras-Front wurden bei lebhafter Artillerietätigkeit an mehreren Stellen fünf härtere feindliche Patrouillenvorstöße abgewiesen.

An der Wisne-Front ist seit dem 17. Oktober 8 Uhr 15 Min. vormittags nach tagelanger lebhafter Artillerietätigkeit die Artilleriechlacht in Gegend von Dauxillon bis Rogere-Ferme voll entbrannt. Unsere Stellungen, besonders beiderseits des ehemaligen Forts Maximilian, lagen unter besonders starkem Herdrungsfeuer, das von Mittag ab auch tief in das Hintergelände schlug. Im weiteren Verlauf des Tages dehnte sich die beiderseitige Artillerietätigkeit nach Norden bis in Gegend St. Gobain und nach Osten bis Croonne aus. Auch nach Einbruch der Dunkelheit hielt das Artilleriefeuer von Dauxillon bis Braye in großer Stärke an. Bei klarer Sicht war die Ballon- und Fliegerstätigkeit sehr reger. Am 18. Oktober morgens hat Regen eingesetzt.

Gegen unsere Stellungen in den West-Argonnen vorgehende feindliche Patrouillen wurden durch Feuer vertreiben. Dergleichen wurden Patrouillenvorstöße beiderseits des Avoourt-Waldes verlustreich abgewiesen. Bei dem erfolgreichen Vorstoß östlich der Maas bei Döbe 844 hatte der Feind außer der Einbuße an Gefangenen schwere blutige Verluste. Im weiteren Verlauf des Tages nahm unsere Artillerie mehrfach in dem